

Deutscher Reichstag.

Die Erörterung der U-Boot-Anträge vorläufig ausgeschrieben.

Berlin, 22. März.

Unter allgemeiner Spannung, die durch die verschiedenen auf den U-Bootkrieg bezüglichen Anträge der Parteien hervorgerufen ist, begann der Reichstag die erste Lesung des Etats in Verbindung mit den Kriegsteuervorlagen.

Vor der Sitzung des Plenums fand eine längere Beratung des Senatorenkonvents statt, der sich mit der Behandlung der U-Boots-Anträge befaßte, und sich dahin einigte, daß bis auf weiteres die Verhandlung der U-Boots-Anträge aus der Erörterung des Plenums ausgeschrieben werde. Die Beratung dieser Frage soll in der in den ersten Tagen der nächsten Woche zusammentretenden Budgetkommission erfolgen.

Nachdem der Senatorenkonvent die Beratung beendet hatte, begann die Sitzung des Reichstages, worin der neue Staatssekretär des Reichsmarineamtes zum ersten Male erschien.

Vor dem Beginn der ersten Lesung des Etats teilte der Präsident Dr. v. S a e m p f den Beschluß des Senatorenkonvents mit, wogegen der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht unter lebhafter Unruhe des Hauses protestierte, indem er darauf hinwies, daß es sich hier um eine das öffentliche Interesse auf das lebhafteste erregende Frage handle und daß hinter den Kulissen mit aller Kraft gearbeitet werde, so daß das Volk das Recht habe, schon jetzt über die Frage aufgeklärt zu werden.

Der Etat und die Steuervorlage.

Sodann begann das Haus die erste Lesung des Etats. In der ersten Lesung des Etats und der Steuervorlagen verlangt Abgeordneter Reiz (Sozialdemokrat) eine Verschärfung der Kriegsgewinnsteuer in allen Teilen, wendet sich gegen die Besteuerung des Verbrauches und des Verkehrs und tritt für eine stärkere Besteuerung des Besitzes sowie für die Einhebung eines neuen Wehrbeitrages ein, der auf der gleichen Grundlage wie die Kriegsgewinnsteuer zu erheben wäre.

Abg. Spahn (Zentrum) knüpft an die Demission des Großadmirals v. Tirpitz an, der den Ausbau und die Organisation der deutschen Flotte mit Kühnheit, Opfermut, Umsicht und Pflichttreue geleitet habe, die ihren Ausdruck in den Heldentaten der Marine gefunden haben. Redner glaubt aussprechen zu dürfen, daß der Reichstag dem Werke Tirpitz' Treue bewahren werde. (Beifall.) In Besprechung der Steuervorlagen betont Redner, daß sich über die Aufbringung der Mittel eine Verständigung werde finden lassen und die Steuern mit überwiegender Mehrheit bewilligt werden, woraus das Ausland erkennen werde, daß wir fest in die Zukunft blicken.

Abg. Bayer (Volkspartei) schließt sich dem Dank an Tirpitz für die unermüdlige pflichttreue Arbeit, der er sein Lebenswerk gewidmet, an und weist in Besprechung der Steuervorlagen auf die Notwendigkeit hin, nicht nur Verbrauch und Verkehr zu besteuern, sondern auch die Besitzenden heranzuziehen. Redner tritt für einen Wehrbeitrag in einer Höhe ein, daß er wenigstens die geplanten Verbrauchs- und Verkehrssteuern ersetzen könne.

Schatzsekretär Helfferich hebt hervor, daß nach Auffassung der verbündeten Regierungen in einer starken Besteuerung des Vermögens während des Krieges ein Gegengewicht gegen die Besteuerung des Verbrauches und des Verkehrs. Die Regierungen sind der bestimmten Ansicht, daß außer der Kriegsgewinnsteuer eine weitere direkte Reichssteuer nicht vertreten werden könne. Der Schatzsekretär bittet das Haus, bereitzustellen, was für die Reichsfinanzen zur Zeit notwendig ist.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt werden.

Ein Antrag der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß nach dem „Vorwärts“ folgenden Antrag in der U-Bootfrage einzubringen: Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln: Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß weitere Verhandlungen über die Anwendung der U-Bootwaffe alles vermeiden werden, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Verlängerung des Krieges bewirken könnte. Der Reichstag erwartet vielmehr, die deutsche Regierung werde alles tun, um den baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unverletzlichkeit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt.